

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Nebenbeschäftigung

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In jüngster Zeit sind die sogenannten Nebenbeschäftigungen von Magistratsbediensteten in die Schlagzeilen geraten. Wobei kaum zwischen Nebenbeschäftigung und Nebenbeschäftigung differenziert wird: Wenn beispielsweise eine teilzeitbeschäftigte Reinigungskraft zusätzlich noch nebenbei putzen geht, weil sie mit dem Halbtagsjob im Magistrat finanziell überhaupt nicht über die Runden kommt, firmiert das ebenso als Nebenbeschäftigung, wie wenn etwa gut dotierte Techniker und Technikerinnen oder Juristen und Juristinnen ihr Einkommen mittels Gutachtertätigkeit auffetten. Mit anderen Worten: Wenn man sich mit dem Themenbereich Nebenbeschäftigungen befasst, sollte nicht bloß hinterfragt werden, wer was macht, sondern auch die Frage erörtert werden, warum Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats Nebenbeschäftigungen ausüben – denn zum Teil sind diese wahrscheinlich, so traurig das klingt, und dies sollte auch dem Dienstgeber zu denken geben, existenziell überlebenswichtig.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Fraktion die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, eine genaue Aufschlüsselung vorzulegen,

- a) wie bei den Teilzeitbeschäftigungen im Magistratsdienst das Verhältnis zwischen Frauen und Männern aussieht
- b) wie viele Männer und wie viele Frauen insgesamt eine Nebenbeschäftigung gemeldet haben und
- c) wie viele teilzeitbeschäftigte Frauen und wie viele teilzeitbeschäftigte Männer eine Nebenbeschäftigung gemeldet haben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Einrichtung einer zentralen Informationsdrehscheibe und Ombudsstelle für den Magistrat Graz

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wo immer so genannte KundInnenkontakte vorkommen, kann es immer wieder passieren, dass auf Grund von mangelhaften Informationsschienen oder Missverständnissen Kommunikationsprobleme entstehen. In vielen Bereichen hat man darauf mit der Einrichtung von zentralen Anlaufstellen reagiert. Einerseits, um damit für Erstkontakte über eine geeignete Informationsdrehscheibe zu verfügen, von der die „KundInnen“ an die richtigen Adressaten weitervermittelt werden, andererseits aber auch als Anlaufpunkt zur Klärung von Missverständnissen, aber auch für Beschwerden.

Ansatzweise, zumindest was offene Fragen beziehungsweise Beschwerden anbelangt, ist ja aus aktuellem Anlass vor kurzem eine sogenannte Magistratshotline eingerichtet worden. Eine solche Serviceorientiertheit und Bürgernähe sollte aber nicht bloß anlassbezogen gegeben sein, sondern ist insgesamt als Ziel zu sehen, meine Damen und Herren. In diesem Sinne wäre es daher auch wünschenswert, eine derartige permanente Informationsstelle und Ombudsstelle für den Magistrat Graz einzurichten - und zwar in der Konzeption, wie dies von unserem Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk grundsätzlich ja schon in der Vorwoche angeregt wurde: Nämlich in Form einer ständigen Anlaufstelle im oder auch statt des BürgerInnenbüros, an die sich Grazerinnen und Grazer bei allen Fragen, die den Magistrat betreffen, wenden können. Egal, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ob es sich um grundsätzliche Auskünfte in Bezug auf den Magistrat handelt, oder auch zur Klärung von Missverständnissen, Beschwerden und auch bei offenen Fragen.

Wobei ich persönlich ausdrücklich darauf hingewiesen haben will, dass dies als Serviceeinrichtung verstanden werden soll im Sinne des Ausbaus der BürgerInnen- und KundInnennähe, was sowohl den Grazerinnen und Grazern als auch den MitarbeiterInnen des Hauses zugute käme, durch einen raschen Informationslauf wie auch durch eine frühzeitige Bereinigung von möglichen Missverständnissen das partnerschaftliche Verhältnis zwischen BürgerInnen und Stadtverwaltung wesentlich verbessert werden könnte. Und offene Fragen gibt es ja immer wieder und sehr viele, vom Straßenerhalt, über Sanierungen, über Verkehrszeichen, Verkehrsabläufe bis hin zu den Kinderbetreuungseinrichtungen und vieles mehr. Und mit einer zentralen Anlaufstelle zu all diesen und vielen weiteren Fragestellungen könnte sehr viel zu einem positiven Klima beigetragen werden.

Die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine solche Informationsstelle und Ombudsstelle wären natürlich

- überaus umfassende Erfahrungen in Bezug auf die gesamte städtische Verwaltung
 - exzellente interne und externe Kommunikationsfähigkeiten und -kenntnisse
 - sehr gute Recherchefähigkeiten und
 - gute Querverbindungen zu den übergeordneten Gebietskörperschaften;
- angesiedelt werden müsste eine solche Einrichtung im Bereich der Magistratsdirektion.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die Magistratsdirektion im Sinne des Motivenberichts die Einrichtung einer solchen permanenten Informationsdrehscheibe und Ombudsstelle, wie sie von Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk vorgeschlagen wurde, überprüfen zu lassen und dem Gemeinderat bis zur Sitzung am 19. April einen entsprechenden Bericht vorlegen zu lassen? Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke für die Anfrage, wir haben ja zu diesem Thema auch noch dringliche Anträge, deswegen werden wir das dann, wenn du einverstanden bist, dort diskutieren.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Bezeichnung der Dienststellen

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle lesen ja, so hoffe ich jedenfalls, Zeitungen und im „Neuen Grazer“ vom 1. Februar 2007 gibt es auf der Seite 8 ein Inserat zum Thema „Das große Klassentreffen“, also so schaut das Inserat aus und hier das Original. Neben anderen Sponsoren, die in der Logoleiste aufscheinen, tritt auch die Stadt Graz auf und zwar mit dem Logo „Stadt Graz / Bildung und Schule“, hier ist das Logo, vielleicht für alle Weitsichtigen, die schauen wollen, Herr Bürgermeister.

Am 13. Juni 2002 wurden im Zuge der Magistrats-Reform und Ämterzusammenlegung auch die Benennungen der magistratischen Dienststellen vom Grazer Gemeinderat, dem obersten Organ der Stadt Graz, beschlossen. Demzufolge gibt es kein Referat „Bildung und Schule“. Nach Beschlusslage heißt das – im Ressort von Stadtrat Miedl verankerte - Amt „Stadtschulamt“.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wenn Sie hören können, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

A n f r a g e ,

- a.) ob sich der Magistrat Graz nun tatsächlich an diese im Juni 2002 gefassten Beschlüsse bezüglich der Referats- und Dienststellenbenennung hält,
- b.) inwiefern eigene Logos von Dienststellen, die weder in der Bezeichnung des Referates oder Amtes noch in den Vorgaben des Corporate Design den Beschlüssen entsprechen, kontrolliert werden. Ich ersuche um Antwort (*Applaus SPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Auseinandersetzungen um den Kulturbeirat

GR. Mag. **Fuchs** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fuchs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Kulturbeirat der Stadt Graz wurde 2004 vom Gemeinderat als kollektives, ehrenamtliches Beratungsorgan eingerichtet, um den Kulturstadtrat, wie es in der Geschäftsordnung heißt, „in wichtigen Fragen der Kulturentwicklung sowie bei großen Kulturprojekten zu beraten“. Nun hat dieses Gremium seine Arbeit niedergelegt, weil es nicht bereit war, als Feigenblatt für Entscheidungen zu dienen, in die es in keiner Weise eingebunden war.

Offenbar legt Kulturstadtrat Miedl wenig Wert auf Beratung, sonst hätte er nicht in einem Brief an die Mitglieder des Beirates seiner Sorge darüber Ausdruck verliehen, eine „öffentliche Diskussion und parteipolitische Kalküle“ würden „die besten Projekte noch vor deren Zustandekommen zu Fall bringen“. Da Stadtrat Miedl also alleine entscheidet, welches die besten Projekte sind, ist es wenig überraschend, dass er Diskussionen oder gar Kritik grundsätzlich als störende politische Manöver betrachtet.

Dass nur ein einziges Mitglied des Beirates, das, wie es der Zufall will, für die Organisation des Festivals zuständig sein soll, rechtzeitig über dieses Vorhaben informiert wurde, stellt eine Missachtung sowohl der Geschäftsordnung des

Kulturbeirats als auch üblicher demokratischer Gepflogenheiten dar. Dass der Kulturausschuss über die Subventionierung des Musicalfestivals mit 100.000 Euro bis heute nicht informiert wurde, ist angesichts dieses neuen kulturpolitischen Stils genausowenig überraschend wie akzeptabel.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Auf der Homepage des ORF Steiermark wird Stadtrat Miedl in Zusammenhang mit den 100.000 Euro für das Musicalfestival 2007 mit folgenden Worten zitiert: „Das ist Steuergeld, das ich im Vorjahr durch geschickte und kluge Vorgangsweise mir ersparen konnte.“

Herr Bürgermeister sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die in den neuen Förderverträgen für die Freie Szene eingesparten 100.000 Euro dorthin zurückfließen? Sind Sie bereit, Ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Kulturbeirat die Wahrnehmung seiner in der Geschäftsordnung festgelegten Aufgaben zu ermöglichen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Absicherung des Verbleibs des Grundstücks, Grundstück Nr. 2985, KG Geidorf, Lindweg 24 in öffentlicher Hand

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen ist eine Wohnungseigentümerin der ehemaligen Postsiedlung Lindweg 24 in Geidorf mit der Bitte an mich herangetreten, dass wir uns als KPÖ-Fraktion im Interesse der dort wohnenden Menschen dafür einsetzen

mögen, dass die kleine Grünfläche vor dem Haus in der derzeitigen Form erhalten bleiben soll. Sie ist im Eigentum der öffentlichen Hand, wurde jedoch seit Jahrzehnten von einer Mieterin im Haus auf eigene Kosten liebevoll bepflanzt und betreut. Da die ehemalige Postsiedlung vor kurzem gekauft und saniert worden ist, besteht jetzt die Sorge, dass der neue Besitzer (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) an die Stadt herantreten könnte mit der Absicht, diese kleine Grünfläche der Stadt abzukaufen, um dort möglicherweise Parkplätze errichten zu lassen.

Namens der KPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich für den Verbleib des Grundstückes (Grundstücksnummer: 2985, Katastralgemeinde Geidorf) im Besitz der öffentlichen Hand im Interesse der WohnungseigentümerInnen beziehungsweise MieterInnen einzusetzen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Wohnbereichspark Schererstraße

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Spielplatz beziehungsweise der Wohnbereichspark in der Schererstraße kann bald ein 10-jähriges Jubiläum feiern. Allerdings nicht das Jubiläum seines Bestehens. Die Entstehung des Parks hat eine lange, erwartungsvolle Geschichte und viele Menschen warten noch immer auf eine vollständige Benützung des Parks.

Jahrelang wurde von der Bevölkerung und dem Bezirksrat Wetzelsdorf ein einfacher Ballspielplatz für Kinder und Jugendliche eingefordert. Auf Grund der Tatsache, dass auf diesem Grundstück auch ein Hochwasserrückhaltebecken zu errichten war, war dieser Wunsch der Wetzelsdorfer Bevölkerung lange nicht zu erfüllen.

Nachdem der Druck seitens der Bewohner und Bewohnerinnen stärker wurde und auch vom Bezirksrat einstimmige Anträge dazu beschlossen wurden, kam es im März 2005 zu einer Bürgerversammlung und anschließend konnten interessierte Bürger und Bürgerinnen an Workshops zur Gestaltung des Wohnbereichsparks mitarbeiten. Den aufgebrachten Besuchern der genannten Bürgerversammlung wurde damals die Eröffnung des Parks für Ende 2005 versprochen.

Leider mussten die Kinder und Jugendlichen noch bis Ende August 2006 warten, bis der größte Teil des Parks fertig war. Die feierliche Eröffnung wurde für Ende September 2006 sogar schriftlich angekündigt, hat jedoch bis heute nicht stattgefunden.

Der Park, zumindest dieser Teil, der bis heute fertiggestellt wurde, wurde trotz anfänglicher Schwierigkeiten von den Kindern und Jugendlichen und der Eltern sehr gut angenommen. Kleine Änderungen und Adaptierungen nach den ersten Erfahrungen des Betriebs und der Benützung wurden bereits vorgenommen. Leider ist der gesamte Park bis heute nicht benutzbar. Der Bereich, welcher an die Seite der Straßgangerstraße grenzt, wurde zwar zum Teil gestaltet, ist aber bis heute mittels Bauzäunen abgesperrt.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion folgende

A n f r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Aus welchem Grund ist der Park bis heute nicht zur Gänze benutzbar und bis wann ist mit der endgültigen Fertigstellung zu rechnen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Nebenbeschäftigungen im Magistrat Graz

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch meine Anfrage geht in die Richtung der Nebenbeschäftigungen. Der eine Anlass ist der, dass bei der von Ihnen abgehaltenen Pressekonferenz damals 74 Nebenbeschäftigungen genannt wurden, da war dann bald klar, dass es sich nicht um 74 handelt, inzwischen gibt es eine Zahl so von ungefähr 400 im Magistrat Graz. Ich möchte einerseits anknüpfen an dem, wie Frau Kollegin Meißlitzer schon gefragt hat, dass Nebenbeschäftigung nicht gleich Nebenbeschäftigung ist, also dass es sehr wohl begründete Gründe geben kann, warum eine Nebenbeschäftigung auch aus existenziellen Gründen notwendig ist. Uns interessiert aber natürlich im Zuge der ganzen Diskussion auch die Frage, warum gibt es bisher eigentlich dazu nicht so einen guten Überblick, wie wir uns das gewünscht hätten, weil eben nur ungefähre Zahlen genannt werden und deswegen wollen wir diese Zahlen etwas genauer aufgeschlüsselt haben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich bitte Sie, mir zu beantworten, ob Sie den Gemeinderat darüber informieren können,

1. wie viele Nebenbeschäftigungen derzeit im Magistrat Graz insgesamt gemeldet sind,
2. in welchen Ämtern es eine besonders hohe Anzahl an Nebenbeschäftigungen gibt und
3. wie viele der gemeldeten Nebenbeschäftigungen mit den amtlichen Tätigkeiten der betroffenen Personen zumindest artverwandt sind?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Bauliche Maßnahmen der ÖBB im Bereich Ostbahnhof

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Die Anfrage betrifft ein Thema, ein nicht enden wollendes. Es betrifft wieder das Thema Ostbahnhof. Wie aufmerksame Anrainerinnen und Anrainer dort beobachten können, passiert dort ja momentan sehr viel an baulichen Tätigkeiten. Einiges daraus, was man so beobachtet, stürzt durchaus in Verwirrung und jetzt würde ich gerne eben wissen, was so im Bereich der Stadt davon überhaupt wahrgenommen wird beziehungsweise wie die Stadt da eingebunden ist. Der eine Bereich betrifft die Frage, wenn wir schon viel über Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs reden, wie dort die Maßnahmen umgesetzt wurden im Zuge des Fahrplanwechsels, da wurde nämlich im Bereich Ostbahnhof ein neuer Bahnsteig errichtet, sodass man bei den neuen Nahverkehrstriebwagen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) jetzt ebenerdig ein- und aussteigen kann. Damit gibt es aber auch schon verbundene Nebeneffekte, beziehungsweise Nachteile, die sind nämlich dadurch entstanden, dass einerseits ein Gleis gekappt wurde, das heißt, die Leistungsfähigkeit des Bahnhofes dann gleichzeitig reduziert wurde, dann wurde eine andere Bahnsteighöhe vorgenommen und jetzt wurde wesentlich ein umständlicherer Zugang zum Bahnsteig eröffnet, nämlich nur vom Norden, der weit weg ist von der Straßenbahnhaltestelle, das heißt, eine leichte Absenkung der Bahnsteighöhe etwa in der Mitte, wie zum Beispiel bei den meisten GKB-Bahnhöfen würde den ÖBB-KundInnen und BahnsteigbenutzerInnen spürbare Umwege ersparen. Also wenn man die Leute dazu bringen will umzusteigen, dann sollte das auch möglichst koordiniert geschehen. Der zweite Punkt, der dort momentan für Unruhe oder schon länger für Unruhe sorgt, ist, dass es im Süden des Ostbahnhofes eine Baumgruppe gab, überwiegend Kastanien oder die gibt es immer noch, die in einer sehr gemischt genutzten Gegend eine kleine grüne Oase darstellt und die wurde deshalb auch zum geschützten Landschaftsteil erklärt nach dem Naturschutzgesetz. Für die Vorarbeiten zur Errichtung des Tanklagers, wir wissen nicht, ob nicht auch für das Gaslager, wurde im vergangenen Sommer von der ÖBB quer durch diesen geschützten Landschaftsteil ein zirka Zwei-Meter-Graben ausgehoben und es wurden in umfangreichem Ausmaß Kabel und Leitungen verlegt und dann wurde nach einem halben Jahr wieder zugegraben und die Rekultivierung

des geschützten Landschaftsteiles hat aber nie stattgefunden, ganz im Gegenteil, dieser Teil wird jetzt als Parkplatz benützt. Da wurde dann auch von der Stadt gleich noch ein Andreaskreuz aufgestellt, dass die Zufahrt dazu auch noch gesichert ist, das heißt, es ist jetzt ein Parkplatz und kein geschützter Landschaftsteil mehr. Dann ein weiterer Punkt: Auf dem Gelände südlich des Ostbahnhofes wurden in den letzten Monaten mit Hochdruck die Verladeeinrichtungen und das Tanklager der Firma Roth errichtet einschließlich einer massiven Betonmauer zur Abschirmung und Sicherung der StraßenbenützerInnen und der nahe gelegenen Wohnbevölkerung und des Wohnblocks. Für das große, aber angeblich ungefährliche Tanklager ist diese Mauer zur Abschirmung sehr hoch, sehr dick und sehr lang geraten, möglicherweise umfangreicher als bei der Gewerbeverhandlung beantragt, wir wissen jetzt nicht, ob das nur für das Tanklager ist eben. Da die Zufahrt zur geplanten Gasverladestation im Bereich beziehungsweise gegenüber des ÖAMTC vorgesehen war, könnte jetzt das Tanklager entweder größer geraten sein oder eben die Gasverladestation (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) dort noch immer geplant sein.

Deswegen stelle ich jetzt eine Reihe von

A n f r a g e n

an Sie, Herr Bürgermeister:

- a) Wurde anlässlich der Errichtung des neuen Bahnsteiges im Ostbahnhof von der ÖBB mit der Stadt Graz Kontakt aufgenommen, also wurde da eine Koordination vorgenommen, damit dieser Zugang bürgerInnenfreundlich wäre?
- b) Wurde von der ÖBB bezüglich der Errichtung des mehrere Hundert Meter langen Leitungsschachtes der ÖBB mit der Stadt Graz Kontakt aufgenommen und
- c) wurde von der ÖBB für die Errichtung dieses Leitungsschachtes um Genehmigung angesucht nach dem Baurecht, nach dem Naturschutzrecht, nach anderen Rechtsmaterien?
- d) Wurde von der Stadt Graz der ÖBB zur Rekultivierung dieses geschützten Landschaftsteiles ein Instandsetzungsauftrag erteilt;
- e) wird die markierte PKW-Zufahrt in diesen geschützten Landschaftsteil wieder beseitigt;

- f) wann wurde für das gewerblich genutzte Tanklager der Firma Roth eine Bauverhandlung durchgeführt;
- g) wann wird für die Betonmauer entlang der Conrad-von-Hötzendorf-Straße eine Bauverhandlung durchgeführt; das ist sicher keine Eisenbahnanlage;
- h) wurden von der ÖBB oder jemand anderem bereits Vorarbeiten für die Errichtung der Gasverladestation getätigt;
- i) müssten diese Vorarbeiten nach einer allfälligen Verlegung des Standortes dann finanziell abgegolten werden an die ÖBB;
- j) hat es von Seiten der ÖBB inzwischen konkrete Schritte für die Aufnahme von Verhandlungen für die Verlegung des Standortes für die geplante Gasverladestation gegeben;
- k) hat irgendeine Stelle der Stadt Graz konkrete Schritte für die Aufnahme von Verhandlungen für die Verlegung unternommen;
- l) hat es von Ihnen als Bürgermeister der Stadt Graz konkrete Schritte für die Aufnahme von Verhandlungen für die Verlegung des Standortes für die geplante Gasverladestation gegeben;
- m) wenn nicht, warum nicht ?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin. Ich darf alle Damen und Herren, die im Gemeinderatssaal sind, ersuchen, nachdem es immerhin das höchste Organ der Stadt ist, dass wir das Reden möglichst nach draußen verlegen und ein bisschen einstellen, es ist für jede Kollegin und jeden Kollegen schwer, sich da noch zu konzentrieren und das Zuhören, für die, die zuhören wollen, auch schon fast nicht mehr machbar, also bitte, wer reden will, soll es möglichst draußen tun, herinnen spricht jeweils einer oder eine. Ich darf sagen, es sind so viele Fragen, dass ich nicht in der Lage bin, jetzt alle zu beantworten, aber eines ist mir wichtig: Es stellt sich momentan aus meiner Sicht so dar, dass am Ostbahnhof die Planungsschritte, die die ÖBB einleiten wollte, im Prinzip alle, wenn alle Auflagen erfüllt werden, genehmigt werden. Wir haben mit der Gasverladestation alle miteinander auf Bezirksebene, auf Gemeinderatsebene, der Stadtregierung unsere Probleme damit und wollen eigentlich nicht haben, dass diese Gasverladestation im stärksten Bezirk von Graz errichtet wird. Ich habe, und das kann ich beantworten, ich habe relativ

schnell damals, als die Diskussion losgebrochen ist, mit dem ÖBB-Vorstand Kontakt aufgenommen und dort auch die Zusicherung erhalten, dass keine Baumaßnahmen für die Gasverladestation getätigt werden, bis es einmal zu einem Gespräch zwischen Stadt und der ÖBB kommen. Es war damals auch mit einem zuständigen Vorstandsdirektor ein Termin ausgemacht, der dann von seiner Seite abgesagt worden ist, bis jetzt habe ich mit ihm keinen Termin, aber wir haben uns auch in der vergangenen Woche bemüht und es werden jetzt in den nächsten Tagen, ich weiß jetzt nicht genau den Termin da auswendig, werden Damen und Herren der ÖBB herkommen, um dieses Problem mit uns weiter zu besprechen. Faktisch dürfte es so sein, dass sie einen Rechtsanspruch drauf haben, ob uns das Geld kosten wird oder sonst was, wird von den Verhandlungen abhängig sein, aber die Zusage hat bislang, soweit ich weiß, funktioniert, dass sie gesagt haben, sie starten da keine Baumaßnahmen, vielleicht ist das eine oder andere im Zuge der Geschichte vorbereitet mitgegangen, weiß ich aber nicht, aber im Prinzip würde ich sagen im Moment eine Sperre drinnen und sobald wir da mehr von der ÖBB wissen, werden wir selbstverständlich alle davon verständigen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GRin. **Rücker:** Es gibt einen konkreten Termin mit den ÖBB zu diesem Thema Gasverladestation und da wird auch hinterfragt, was da sonst noch alles von der ÖBB momentan stattfindet.

Bgm. Mag. **Nagl:** Wir wollen genau wissen, was dort stattfindet und wie gesagt, das eine ist die Tanklagergeschichte, das Zweite ist die explosive Gastverladestation.

9) Uni-Viertel und LEO

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um das Uni-Viertel, aber eigentlich mehr im Allgemeinen um das Projekt LEO, das wurde ja damals seitens des BürgerInnenmeisteramtes subventioniert im letzten Jahr und es war dazu gedacht, sozusagen die Problematik im Uni-Viertel aufzunehmen, also die ganze Lärmsituation, die wir eh schon seit Monaten, Jahren etc. diskutieren. Das Projekt war so gedacht, dass eben älterer Herren, teilweise Langzeitarbeitslosen sozusagen vor Ort ihre Runden ziehen und für Recht und Ordnung vor Ort sorgen sollten. Es ist damals das Projekt vom Verein „Sicheres Univiertel“, der sich im April 2006 gegründet hat, sozusagen beauftragt worden. Wir sind damals auch gebeten worden, da in diesem Verein einzutreten, ich weiß nicht mehr, ob das der Vorstand war oder in so eine Art Leitungsgremium, was wir damals aus inhaltlichen Gründen abgelehnt haben. Es war dann aber so, dass der Verein uns zugesichert hat, dass wir regelmäßig informiert werden, was da jetzt mit dem Geld passiert, ob das Projekt erfolgreich ist, was konkret die Maßnahmen sind, also einfach sozusagen die Information, was dort los ist. Leider ist es aber so, dass wir da nie wirklich einen Informationsbericht erhalten haben, weder offiziell noch inoffiziell, weder vom Verein noch durch die Stadt Graz. Es hat da zwar einmal diesen Arbeitskreis Sicherheit gegeben, wo ich auch sozusagen als Grüne delegiert war, aber der hat jetzt auch schon seit ziemlich langer Zeit nicht mehr getagt und man weiß es jetzt nicht so recht, ob es den noch gibt oder was da generell so los ist und ob da überhaupt noch der Bedarf besteht, in diesem Sinne weiter zu diskutieren. Jetzt ist es aber so, dass es eine aktuelle Diskussion um die Mondscheingasse gibt, wo es vor kurzem eine Diskussionsveranstaltung auch wieder einmal gegeben hat, wo der Kollege Miedl auch dort war und im Zuge dessen angekündigt hat, dass dieses LEO-Projekt jetzt auch ausgeweitet werden soll in die Mondscheingasse, um dort vor Ort sozusagen die Dinge in die Hand zu nehmen.

Da, wie gesagt, wir nicht wirklich so recht wissen, was aus LEO und Univiertel geworden ist und jetzt schon LEO Mondscheingasse kommen soll, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind sie bereit, den Gemeinderat über die Ergebnisse, die geplante Weiterführung und vor allem auch die Art und Weise der künftigen Finanzierung des Projekts LEO zu informieren?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin. Gerne werde ich berichten, weil es ja auch im die Frage der Verlängerung geht, eine Ausweitung des Projektes zur Zeit sehe ich nicht, weil wir weder über die Ressourcen verfügen und wahrscheinlich auch nicht die Mittel vom AMS bekommen würden, die da auch gebraucht werden würden. Also im Prinzip, der Bericht muss kommen jetzt und das was geleistet worden ist, das machen wir aber auch geschäftsordnungsgemäß, ich kann es auswendig jetzt nicht.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) MigrantInnenbeirat

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der MigrantInnenbeirat, seine Aufgabe, ich zitiere: Beratung der Verwaltung der politische Verantwortlichen auf kommunaler Ebene. Der MigrantInnenbeirat hat vier Arbeitskreis diesbezüglich organisiert, der eine Arbeitskreis heißt Arbeit und Soziales, der andere Kultur, Freizeit und Sport, dann dritter Arbeitskreis Ausländerpolitik, so steht es drinnen, und Integration und der vierte Arbeitskreis Frauen, Schule, Kindergarten. Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner, ich zitiere immer, berät die Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländischen Einwohner

betreffend. Weiters steht: Die Gemeinde hat den Ausländerbeirat über alle Angelegenheiten zu informieren, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. Und sie hat auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Jetzt nehmen wir aber seit geraumer Zeit wahr, dass es zwischen den politisch und auf Verwaltungsebene Zuständigen und dem MigrantInnenbeirat zu immer tiefgreifenderen Unstimmigkeiten kommt und es eine lange Reihe an kommunikativen Verwerfungen gibt. Das hat mittlerweile auch ganz konkrete, unangenehme Auswirkungen und es entsteht der Eindruck, dass sich hier im Sinne einer produktiven Zusammenarbeit rasch wohl etwas ändern muss.

Aus diesem Grund stelle ich auch meine

A n f r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Was gedenken Sie zu unternehmen, um diese sehr unbefriedigende Situation mit dem MigrantInnenbeirat zu verbessern?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, vielen Dank für diese Anfrage, Frau Gemeinderätin. Sowohl die Verwaltungsebene als auch die politische Ebene sucht immer wieder den Kontakt, auch zum MigrantInnenbeirat. Die Punkte, wo es Unstimmigkeiten zwischen der Verwaltungsebene und dem MigrantInnenbeirat jetzt gegeben hat, betreffen nicht die Punkte, die Sie alle zitiert haben, sondern da geht es um Richtlinien, die aus der Sicht des Magistrates nicht eingehalten worden sind und wir werden weiter auf die Damen und Herren des MigrantInnenbeirates zugehen, um möglichst schnell wieder zu einem guten Klima zu kommen.

11) Fahrradabstellplätze

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Anreize zu schaffen, um das Bewusstsein der Menschen für ökologisches Verhalten zu stärken, sollte zentrales Element unserer Politik sein. Ich möchte hier weder die Feinstaubwolke noch den Klimagipfel an die Wand malen, sondern einen konkreten und leicht zu realisierenden Vorschlag mit einem Beispiel unterbreiten.

Alltagsradler, meine Damen und Herren, leisten offensichtlich einen Beitrag zu einer umweltgerechten Mobilität in unserer Stadt. Gerade jene Menschen die im Winter nicht vom Fahrrad auf den Pkw umsteigen, verdienen unsere Anerkennung.

Um diesen Menschen nun die notwendige Anerkennung zuteil werden zu lassen, sollte es uns daran gelegen sein, bei größeren Wohnbauprojekten Fahrradabstellplätze zu installieren. Fahrradkeller mögen wohl dazu geeignet sein, Fahrräder über den Winter sicher unterzubringen. Benutzt man sein Fahrrad jedoch Tag für Tag, so ist es eher hinderlich und zumeist sehr mühsam, das gute Stück täglich aus dem Keller zu holen um es dann am Abend wieder dorthin zurück zu stellen.

Alltagsradler, die jemanden besuchen, der in einer Siedlung ohne öffentlichen Fahrradabstellplatz wohnt, stehen darüber hinaus vor einem ganz besonderen Problem: Wo sollen sie das Fahrrad hinstellen, ohne dass es die Hausbewohner stört? Ergänzt sei noch, dass insbesondere dann, wenn man mit dem Fahrrad mit Kinderanhänger hintendran unterwegs ist, diese Frage kaum zu lösen ist. Das Ding stört dann immer auf Grund seiner Länge, egal wo es steht.

Man würde nun annehmen, dass es in Graz keine größeren Siedlungen ohne öffentlichen Fahrradabstellplatz gibt. Wie wir an dem von mir vorbereiteten Beispiel sehen, gibt es jedoch zumindest eine solche Siedlung, vermutlich mehrere. Am 8. 11. 2000 hat der Grazer Gemeinderat den 04.05 Bebauungsplan "Waldertgasse"

beschlossen. Bei dieser Bebauung wurde trotz ihres Umfangs auf öffentliche Fahrradabstellplätze verzichtet.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich bei den Bauträgern der Siedlung in der Waldertgasse dafür einzusetzen, dass diese nachträglich öffentliche Fahrradabstellplätze installieren? Sind Sie darüber hinaus bereit, sich bei der Stadtbaudirektion dafür einzusetzen, dass eben diese Baudirektion prüft, bei welchen bestehenden Siedlungsprojekten die Errichtung von Fahrradabstellplätzen sinnvoll ist, und dafür, dass die Baudirektion bei künftigen Projekten die Errichtung von Fahrradabstellplätzen forciert?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.5 Uhr den Vorsitz.